

NOTWENDIGE SCHULDENERLASSE

Von Thorsten Polleit



Zuviel Kredit und Geld, bereitgestellt zu niedrigen Zinsen, hat die internationale Kreditkrise verursacht. Von Mitte 1997 bis zum zweiten Quartal 2010 stieg das amerikanische Volkseinkommen in realer Rechnung um knapp 33 Prozent, während die Bankkredite um 139 Prozent und die Geldmenge M2 um 117 Prozent zunahmen. Im Euroraum wuchs das Einkommen um rund 14 Prozent, während die Bankkredite um 113 Prozent und die Geldmenge M3 um 102 Prozent stiegen.

Vom Beginn der internationalen Kreditmarktkrise etwa Mitte 2007 bis Mitte 2010 blieb die Güterproduktion in den Vereinigten Staaten nahezu unverändert, während die Bankkredite um 10,7 Prozent und die Geldmenge um 18,2 Prozent zulegten. Im Euroraum fiel das Einkommen um 1,9 Prozent, und dennoch stiegen die Bankkredite um 17,2 Prozent und die Geldmenge um knapp 15 Prozent. Vor allem die Regierungen treiben die Schulden.

Der Internationale Währungsfonds schätzt, dass die amerikanischen Staatsschulden im Verhältnis zum Einkommen auf 110 Prozent in 2015 von etwa 62,1 Prozent in 2007 steigen werden. Im Euroraum werden die Schuldenquoten auf 95 Prozent von 65,7 Prozent anwachsen. Die Kapitalmärkte haben begonnen, die Kreditqualität staatlicher Schuldner anzuzweifeln. Um die damit einhergehenden Zinssteigerungen und den unbändigen Kreditappetit der Staaten zu stillen, kaufen jetzt die Zentralbanken Staatsanleihen auf und geben dafür neues Geld aus.

Eine Krise, die durch zuviel Kredit verursacht wurde, lässt sich nicht durch noch mehr Verschuldung aus der Welt schaffen, vor allem nicht, wenn es der Staat ist, der sich immer weiter verschuldet. Eine solche Politik sorgt allenfalls für kurzfristige Scheinbesserungen. Weil dadurch aber immer mehr knappes Kapital fehlgeleitet wird, nimmt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unweigerlich ab.

Spätestens wenn die Wirtschaften nicht mehr wachsen, kommt es - und die Währungsgeschichte gibt dafür reichhaltiges Anschauungsmaterial - zur Streichung der Staatsschulden oder zur Inflationspolitik. Das Inflationieren ist jedoch die volkswirtschaftlich teuerste Form, um die realen Staatsschuldenlasten auf Kosten der Gläubiger zu reduzieren, und sie artet allzu leicht in Hyperinflation aus.

Ist es erst einmal zu einer Überschuldung gekommen, sollte es zur Umschuldung oder zum (Teil)-Schuldenerlass kommen. Die Gläubiger erleiden dann Verluste, eine bedauerliche, aber vertretbare Folge von schlechten Investitionsentscheidungen. Gleichzeitig wird die produktive Wirkung des Geldes erhalten, und das unterstützt nachhaltiges Wirtschaften.

Angesichts der Entwicklungen in vielen Währungsräumen sollte rasch über Schuldenerlass nachgedacht werden, anstatt die Verschuldung und die Geldmenge weiter in die Höhe zu treiben, denn die unabwendbaren Kosten der Bereinigung werden so noch weiter steigen. Die deutsche Bundesregierung verdient Unterstützung, wenn sie im Euroraum ein Insolvenzrecht für Staaten einfordert.